

27.04.2012

## Pressemitteilung

### 20 Jahre Zentrale Betreuungsstelle Wismut Gesetzliche Unfallversicherung zieht Bilanz zu Vorsorgeprogrammen

Rund 55.000 ehemalige Beschäftigte der SAG/SDAG Wismut haben seit 1992 an Vorsorgemaßnahmen der gesetzlichen Unfallversicherung teilgenommen. Mit dem Ergebnis, dass rund 215.000 ärztliche Untersuchungen stattfanden. Insgesamt wurden den Wismut-Beschäftigten rund 950 Millionen Euro für Frühdiagnostik, Behandlung und Entschädigung von Berufskrankheiten gezahlt.

Das ist Teil der Bilanz, die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Zentralen Betreuungsstelle Wismut (ZeBWis) zogen. Bei einer Fachtagung in Dresden zum Thema würdigten die Sozialministerinnen von Sachsen und Thüringen den Beitrag der gesetzlichen Unfallversicherung zur Bewältigung des mit dem Uranerzbergbau in Ostdeutschland verbundenen menschlichen Leids.

„Für alle Betroffenen war die Einrichtung der ZeBWis eine große Hilfe. Sie garantierte Ihnen in einer oft schwierigen persönlichen Lage fachkundige Beratung und medizinische Unterstützung“, sagte Heike Taubert, Thüringens Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit.

Die SAG/SDAG Wismut mit Standorten in Sachsen und Thüringen war Mitte des vorigen Jahrhunderts der weltweit drittgrößte Produzent von Uran. „Die Wismut beschäftigte während ihres Bestehens rund eine halbe Million Menschen“, sagte Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). „Diese Versicherten gingen nach der Wende in die Zuständigkeit der gesetzlichen Unfallversicherung über. Aufgrund der Gefährdungen machte es Sinn, speziell für diese Gruppe ein eigenes Betreuungsprogramm aufzulegen.“ Zu den Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung zählten Vorsorgeuntersuchungen insbesondere für Gruppen, die wegen der Arbeit mit Gefahrstoffen ein hohes Risiko für eine Berufskrankheit hatten. „Daher haben wir 1992 die ZeBWis gegründet.“

Von den ehemals rund 500.000 Beschäftigten der Wismut konnte die ZeBWis nach der Wende insgesamt noch 165.000 Personen ermitteln, die aufgrund ihrer Arbeitsbelastungen, insbesondere der Strahlenexposition im Uranerzbergbau und dem daraus folgenden Gesundheitsrisiko einen Anspruch auf regelmäßige medizinische Betreuung hatten. Die ZeBWis bietet den Betroffenen regelmäßige Untersuchungen an. Der Schwerpunkt liegt auf der Diagnostik von Atemwegserkrankungen. Ziel ist es, mögliche Beschwerden so früh wie möglich zu erkennen, um Therapiemaßnahmen einleiten und Rentenleistungen prüfen zu können.

Seite 1 von 2

Gerade in der Anfangszeit der 40er und 50er Jahre war die Arbeit im Uranerzbergbau aufgrund mangelnder Schutzvorrichtungen extrem gefährlich: Aus dieser Zeit datiert ein großer Teil der insgesamt rund 31.000 Berufskrankheiten, die bis 1990 anerkannt wurden. Fast die Hälfte davon waren Silikose-Erkrankungen, eine durch Staub hervorgerufene typische Lungenkrankheit bei Bergleuten. Dazu kamen rund 5.500 durch Strahlung ausgelöste Lungenkrebs-Erkrankungen. Bis 2010 wurden noch weitere 7.800 weitere Fälle von Berufskrankheiten anerkannt.

Heute nehmen noch etwa 12.000 ehemalige Beschäftigte an dem Programm der ZeBWiS teil. Die Zahl derer, die die nachgehende Vorsorge beanspruchen, ist – nicht zuletzt altersbedingt - in den letzten Jahren zurück gegangen. Deshalb hat die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung beschlossen, die ZeBWiS künftig mit der "Gesundheitsvorsorge" (GVS) zusammenzulegen. Beide Stellen sind mit der nachgehenden Vorsorge für Arbeitnehmer betraut. „An der Betreuung der Betroffenen wird sich aber nichts ändern“, sagte Dr. Breuer.

Eine Herausforderung für die Zukunft bleibt auch die Auswertung des großen Datenpools der ZeBWiS. Sie verfügt über Daten von etwa 320.000 Personen. In einer Reihe von Forschungsarbeiten - insbesondere in Kooperation mit dem Bundesamt für Strahlenschutz und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin - wurden bislang bereits wichtige Erkenntnisse über die Auswirkung von ionisierender Strahlung auf die Gesundheit gewonnen.

**Pressekontakt:**

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)  
Pressestelle  
Stefan Boltz  
Tel.: 030 288763768  
Fax: 030 288763771  
E-Mail: [presse@dguv.de](mailto:presse@dguv.de)